

Landtagswahl 2013 – Wahlprüfsteine

Atomkraft

Die Nutzung der Atomkraft und die hierbei anfallenden radioaktiven Abfälle stellen das Land Niedersachsen vor große Herausforderungen. Neben den bis 2021 bzw. 2022 laufenden Atomkraftwerken Grohnde und Lingen befinden sich in Niedersachsen auch die so genannten Endlager Asse, Schacht Konrad sowie das Erkundungsbergwerk Gorleben.

Frage 1: Der Salzstock Gorleben im Wendland ist als möglicher Endlagerstandort seit langem heftig umstritten. Viele niedersächsische BürgerInnen fordern, den Standort Gorleben bei der neuen bundesweiten Endlagersuche von vornherein auszuschließen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Die LINKE meint dazu: Alle Vorhaben radioaktiven Abfall in Salz „end“zulagern sind gescheitert. Sie müssen sofort eingestellt, das geologisch vollkommen untaugliche Endlager Gorleben muss aufgegeben werden.

Frage 2: Bisher trägt Niedersachsen die Hauptlast der Castortransporte, bei denen hochradioaktive Abfälle quer durchs Land gefahren werden. Die Transporte müssen mit Millionenaufwand von Polizeikräften gesichert werden und setzen nach neuesten wissenschaftlichen Gutachten die PolizistInnen und AnwohnerInnen an den Transportstrecken einer erhöhten radioaktiven Belastung aus.

Welche Alternativen sehen Sie, künftig Castortransporte in Niedersachsen zu vermeiden?

Momentan gibt es wegen der bestehenden Verträge keine Alternative zu Castor. Ein unverzüglicher Atomausstieg ist für uns die einzig mögliche Lösung, sowie ein Ausbau alternativer Energien mit dem Ziel der Alleinversorgung zumindest in Deutschland. Die Produktion weiteren Atom Mülls muss durch die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen beendet werden.

Frage 3: In Niedersachsen sollen die Atomkraftwerke Lingen und Grohnde noch bis 2022 bzw. 2021 am Netz bleiben. Die Ereignisse in Fukushima haben gezeigt, dass auch in einem hochtechnisierten Land ein Atomkraftwerk außer Kontrolle geraten kann. Im aktuellen Stresstest der EU wurden bei beiden AKWs Sicherheitsmängel festgestellt.

Halten Sie eine weitere Laufzeit von 10 bzw. 9 Jahren vor diesem Hintergrund für vertretbar?

Nein nur der sofortige Atomausstieg kann und muss die einzige Option sein.

Frage 4: Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Landesregierung für Wilhelmshaven als Hafenumschlagplatz für radioaktive Seegüter entscheidet.

Was würden Sie unternehmen, sobald Sie davon etwas in Erfahrung bringen?

Das ist ein Problem. Wilhelmshaven ist vom Betrieb der Hafenanlagen grundsätzlich für diese Transporte geeignet. Aber es ist weder von den Sicherheitsvorkehrungen noch von den Katastrophenschutzbestimmungen in der Lage, einen atomaren Unfall zu verhindern oder zu handeln. Es verfügt nicht einmal über eine Werksfeuerwehr. Eine solche Regelung kann und muss man in Frage stellen.

Land- und Forstwirtschaft

Ein großer Teil der niedersächsischen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Neben der intensiven ackerbaulichen Nutzung ist Niedersachsen einer der größten Fleischerzeuger

Deutschlands. In den vergangenen Jahren ist zunehmende Kritik sowohl an der Intensität der Landwirtschaft als auch der Vergabe von Subventionsgeldern aufgekommen. Auch in der Forstwirtschaft lässt sich in den letzten Jahren eine Intensivierung beim Holzeinschlag beobachten.

Frage 1: In den vergangenen Jahren hat in Niedersachsen ein erheblicher Zuwachs von Maisflächen stattgefunden, mittlerweile besteht etwa ein Drittel der Anbauflächen aus Maismonokulturen.

Mit der „Vermaisung“ der Landschaft gehen große Nachteile für die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft einher, da viele Tierarten in den Monokulturen keine Lebensräume finden.

Wie beurteilen Sie diese Situation?

Statt „Vermaisung“ der Landschaft sollte eine Förderung der Artenvielfalt, des Ackerbaus in geordneter Fruchtfolge stattfinden. Der ökologische und regionale Landbau sollte gestützt werden, daß Agrarkreditprogramm muss schwerpunktmässig darauf ausgerichtet werden.

Frage 2: In Niedersachsen werden in Intensivmastanlagen rund 10 Millionen Schweine und 63 Millionen Masthühner gehalten. Nach Meinung vieler Tierschützer führen die Haltungsbedingungen zu Erkrankungen der Tiere, die mit Antibiotika behandelt werden müssen. Der intensive Einsatz von Antibiotika kann nach Expertenmeinung zur Bildung resistenter Bakterienstämme führen, die auch für den Menschen gefährlich werden können.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren?

Antibiotikavergabe muss sich auf kranke Tiere beschränken und darf nicht prophylaktisch oder gar zu Mastzwecken zweckentfremdet werden. Artgerechte Tierhaltung muss durch bessere Standards für Platz und Auslauf gefördert werden. Es muss schärfere Kontrollen zum Arzneimitteleinsatz geben, die sich am Tierwohl und nicht an der Profitmaximierung orientieren.

Frage 3: Durch die intensive Tierhaltung werden in den niedersächsischen Ställen jedes Jahr tausende Tonnen Gülle produziert, die überwiegend als Stickstoffdünger wieder auf die Felder ausgebracht werden. Das Überangebot an Gülle kann aber nicht von den Ackerpflanzen aufgenommen werden. Auf rund 60 Prozent der Landesfläche ist das Grundwasser mittlerweile mit Nitrat belastet, Bäche, Flüsse und Meeresgebiete werden zunehmend überdüngt.

Halten Sie eine Reduzierung der Güllemenge für notwendig? Falls ja, wie würden Sie diese Herausforderung angehen?

Ja, ökologische statt ökonomische Tierhaltung könnte dieses Problem reduzieren. Ein Verbot der Massentierhaltung unter den gegebenen Umständen ist unumgänglich. Biohöfe müssen gestärkt und gefördert werden.

Energie

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Risiken der Atomkraft nochmals dramatisch verdeutlicht. Auch die fossilen Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas werden kritisiert, da sie bei der Verbrennung große Mengen an CO₂ in die Atmosphäre entlassen und damit die globale Klimaerwärmung weiter anheizen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, bis 2050 einen Großteil des Energiebedarfs aus regenerativen Energiequellen zu decken. Über den Weg dorthin gibt es allerdings unterschiedliche Ansichten.

Frage 1: **Was sind für Sie die wichtigsten Handlungsfelder, um die Energiewende bis 2050 zu schaffen?**

Die dezentrale Energiewende ist zu ermöglichen durch energetische Sanierung, Energieeffizienz und dem zügigen Ausbau dezentraler alternativer

Energieversorgung. Dieses muß mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung intensiv gefördert werden. Dazu brauchen wir öffentlich kontrollierte, kommunal oder genossenschaftlich verwaltete Energiewerke, die durch intelligentes Strommanagement die erneuerbaren Energien optimal miteinander verzahnen und mit energetischer Sanierung aller Gebäude verknüpfen. Sofortige Abschaltung aller AKW's, verstärkter Bau regenerativer Energiequellen mit dem Ziel der alleinigen Energiegewinnung aus wind,- Solar und Wasserkraft.

Frage 2: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Baustein zur Eindämmung der globalen Klimaerwärmung. Beim Ausbau gibt es aber teilweise Konflikte mit dem Ziel des Schutzes und dem Erhalt der biologischen Vielfalt. So wird z.B. Biogas aufgrund seiner Grundlastfähigkeit als eine wichtige Säule im zukünftigen Energiemix gesehen. Gleichzeitig bedingt der monokulturelle Anbau von Energiepflanzen, insbesondere Mais, aber eine weitere biologische Verarmung der Kulturlandschaft.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Zielkonflikt zu lösen?

Biogasanlagen müssen auf landwirtschaftliche Abfallprodukte als Einsatzstoffe beschränkt werden, mit obligatorischer Abluftreinigung sowie strikter Eigentumsbindung an örtliche Betriebe und Genossenschaften der Kommune. Ebenfalls notwendig erscheint unds eine Beschränkung der Materialzufuhr auf betriebe aus der Land,- und Forstwirtschaft sowie der Lebensmittelherstellung. Notwendig ist es auch den Kommunen mehr Planungsrechte einzuräumen. Die Erforschung anderer Materialien als Mais für die Fütterung von Biogasanlagen muss vorangetrieben werden, um die Qualität des Grundwassers zu erhalten.

Frage 3: Niedersachsen hat aufgrund seiner naturräumlichen Voraussetzungen große Potenziale bei der Windenergienutzung, mittelfristig könnte Niedersachsen sogar zum Exportland von Windenergie werden. Auf der anderen Seite stehen Windkraftanlagen in der Kritik, etwa durch die Gefährdung von Vögeln oder den Auswirkungen auf das Landschaftsbild.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Windenergie bei der Energiewende und wie würden Sie ggf. negative Auswirkungen der Windenergieanlagen minimieren?

Der Windenergie ist bei der Energiewende gerade hier an der Küste eine Schlüsselrolle zuzubilligen. Die negativen Auswirkungen sollten diesbezüglich minimiert werden, indem man On- Shore statt Offshore.- Windkraft nutzt. In geschützten Gebieten wie dem Naturpakt Wattenmeer dürfen keine kommerziellen Offshore- Anlagen gebaut werden.

Frage 4: Die hohe Nachfrage nach Erdgas macht die unkonventionelle Förderung von Erdgas, das sogenannte Fracking, für viele Energiekonzerne wirtschaftlich immer rentabler. Beim Fracking werden teilweise giftige Chemikalien in die gasführenden Gesteinsschichten gepresst, bei einer Freisetzung in die Grundwasserkörper könnten Mensch und Natur gefährdet werden. Auch in Niedersachsen finden derzeit Probebohrungen statt.

Wie beurteilen Sie die Risiken des Fracking und wie würden Sie sich ggf. für eine generelle Vermeidung von Fracking in Niedersachsen einsetzen?

Fracking ist ein unkalkulierbares Risiko für Mensch und Tier. Es muss verboten werden, diese Forderung steht auch im Wahlprogramm der LINKEN. Gaskavernen und Leitungen müssen unter das Umweltrecht gestellt werden.

Frage 5: In Wilhelmshaven soll mit Verspätung ein zweites Kohlekraftwerk in Betrieb gehen. Bauanträge für ein drittes und viertes Kohlekraftwerk sind nicht auszuschließen.

Sind Sie für oder gegen ein weiteres Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven?

Ich bin definitiv gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Wilhelmshaven. Ich war auch schon gegen den Bau der bestehenden Kraftwerke. Die Kraftwerke sind

unnötig und umweltschädlich und alles andere als zeitgemäss. Bei Umbau auf regenerative Energien kann auf Kohlekraftwerke vollständig verzichtet werden.

Flusspolitik

Die niedersächsischen Flüsse wie Elbe, Weser und Ems sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Neben kontinuierlichen Ausbaggerungen zum Vertiefen der Fahrrinnen werden die Gewässer auch durch den Eintrag von Nährstoffen oder Abwässern belastet. Viele niedersächsische Flüsse sind ökologisch bereits schwer geschädigt, dabei fordert die EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 einen guten ökologischen und chemischen Gewässerzustand. Der Weg dorthin ist aber noch weit.

Frage 1: Das Land Niedersachsen hat im Sommer 2012 sein Einvernehmen zur weiteren Vertiefung der Untereibe zwischen Hamburg und der Nordsee gegeben. Von Umweltschützern wird die Vertiefung als ökologisch schädlich und ökonomisch unsinnig scharf kritisiert.

Wie bewerten Sie die erneute Vertiefung der Elbe?

Sie ist ökologisch UND ökonomisch unnötig. Es gibt genügend Möglichkeiten, auch durch den Bau des Jade- Weser- Ports große Schiffe abzufertigen. Die Umweltschäden einer Elb,- und Weservertiefung stehen in keinem Zusammenhang zu dessen möglichen, höchst strittigen wirtschaftlichen Nutzen. Vielmehr müssen natürliche Flußläufe wiederhergestellt werden und Niedersachsen soll die Initiative für ein gemeinsames, norddeutsches Hafenkonzept ergreifen.

Frage 2: Die Ems ist durch kontinuierliche Ausbaggerungen und Aufstauungen zur Überführung von Schiffen der Meyer-Werft ökologisch schwer geschädigt und bedarf dringend einer Sanierung.

Bis wann wollen Sie ein Sanierungskonzept für die Ems erarbeiten lassen und welche Haushaltsmittel gedenken Sie für die Emssanierung bereit zu stellen?

So schnell wie möglich, der natürliche Flußverlauf sollte wiederhergestellt werden. Dazu ist ein Landesförderprogramm zu verabschieden

Frage 3: Auf Grund eines Eilantrags des BUND gegen den Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses zur Vertiefung von Unter- und Außenweser hat die WSD Nordwest als zuständige Genehmigungsbehörde den Beginn der Baggerarbeiten ausgesetzt.

Wie lässt sich Ihrer Ansicht nach ein guter ökologischer und chemischer Zustand der Unter- und Außenweser mit deren Ausbau gemäß Planfeststellungsbeschluss vereinbaren?

Die Vertiefung ist abzulehnen. Mit Hessen und Thüringen sollte abgestimmt werden, was gegen eine weitere Versalzung von Weser und auch Werra zu unternehmen ist.

Frage 4: Seit Jahrzehnten wird von interessierter Seite ein Anschluss Wilhelmshavens an das Binnenwasserstraßennetz gefordert. Bislang sind die Pläne zum Bau einer Kanalverbindung durch Butjadingen sowie die Kanalisierung der Kaiserbalje durch den Nationalpark Nds. Wattenmeer gescheitert. Derzeit führt die WSD Nordwest mit Beteiligung des Germanischen Lloyd lt. Pressemeldung neue Untersuchungen durch. Angedacht sei eine seewärtige Verschiebung der Binnenschiffahrtsgrenze, um ‚seegängigen Binnenschiffen‘ den Verkehr zwischen Jade und Weser zu ermöglichen.

Unter welchen Voraussetzungen würden Sie einen Binnenwasserstraßenanschluss Wilhelmshavens unterstützen?

Der Bau eines Kanals durch das Wattenmeer ist unsinnig und umweltschädlich. Ich würde daß unter keinen Vorraussetzungne unterstützen, Binnenwasserpolitik auf Flüssen muss ökologisch ausgerichtet werden. Binnenschiffahrtswege sind sinnvolle

Ergänzungs- Transportwege für Massengüter und Containerfracht. Wir fordern Anpassung von Schleusen und Häfen für Flachwasserschiffe. Binnenschiffe müssen sich den Flüssen anpassen und nicht umgekehrt.

Infrastruktur

Niedersachsen ist heute de facto ein Transitland, Umweltschützer kritisieren insbesondere den hohen Anteil des Gütertransports über die Straße. Auch der Aus- bzw. Umbau der Stromnetze im Zuge der Energiewende wird von vielen Bürgern und Bürgerinnen kritisch gesehen, da Auswirkungen auf die eigene Gesundheit und auf Landschaft und Natur befürchtet werden. Die Entwicklung der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur in Niedersachsen steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen.

Frage 1: Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert nach Expertenmeinung auch eine Weiterentwicklung der Stromleitungsstrassen.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ansätze und Handlungsfelder beim Umbau der Stromnetze?

Stromversorgungsnetze gehören in öffentliche Hand und dürfen nicht Spekulationsobjekte sein. Der Monopolbildung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wind und Sonne, Wasser und Biomasse brauchen keine riesigen Kraftwerkseinheiten. Sie müssen auch nicht über Tausende Kilometer transportiert werden. Produktion und Verbrauch können regional organisiert werden.

Frage 2: Die Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes mit neuer Grundkonzeption haben begonnen. Das Land Niedersachsen hat bereits eine vorläufige Liste der Straßenverkehrsprojekte veröffentlicht.

Sollte Ihrer Meinung nach die Straßen-Infrastruktur des Landes weiter ausgebaut werden?

Alternativen sind vorhanden. Vom Land geförderter Schienenverkehr statt weiterer Straßen, kurze Wege zu Fuß oder per Fahrrad, sowie die Verlagerung des Verkehrs auf Schiene oder Wasserwege, oder Car-Sharing. Grundsätzlich kein Neubau von Umgehungsstraßen aber Reparatur vorhandener Straßen sollte hier die Devise sein.

Frage 3: Bei nahezu allen Vorhabens-Planungen findet die BürgerInnenbeteiligung erstmals in einem Verfahrensstadium statt, in dem die Entscheidung von Vorhabenträgern – und zuweilen auch „der Politik“ - längst gefallen ist. Wenn das „Ob“ und der Standort des Vorhabens bereits festgelegt sind, ist eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung kaum noch möglich.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Bürgerbeteiligung von Anfang an, also schon zu Beginn des Planungsprozesses, zu ermöglichen?

Bürgerbeteiligung muss von vorne herein gewährleistet werden. Mehr Bürgerinnen beteiligung kann man durch ein einfaches und transparentes Volksgesetzgebungsverfahren erreichen. Das Quorum für Volksbegehren muß von 10 auf 3,5 % herabgesenkt werden, das Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden abgeschafft werden. Bürgerbegehren und >Bürgerentschiede sollen sich auch auf Angelegenheiten beziehen, die für ein Planungsfeststellungsverfahren notwendig sind.

Klimaschutz

Deutschland hat sich zu dem globalen Ziel der Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung bekannt. Um

dies zu erreichen, ist eine erhebliche Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen notwendig, wozu Bund und Länder engagiert beitragen müssen.

Frage 1: Die Verbrennung von Kohle setzt besonders viel klimaschädliches CO₂ frei.

Sind Sie für oder gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in Niedersachsen?

Wie bereits weiter oben definiert, bin ich grundsätzlich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken.

Frage 2: Um die Klimabilanz von Kohlekraftwerken zu verbessern, wird seit einiger Zeit die sogenannte „Carbon Dioxide Capture and Storage“ (CCS) Technologie erforscht. Dabei soll das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehende CO₂ abgeschieden und unterirdisch verpresst werden. Die so genannte CO₂-Speicherung ist jedoch mit erheblichen Risiken verbunden, etwa beim unkontrollierten Austritt des Gases oder durch die Versalzung des Grundwassers. Alle im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien haben sich aktuell gegen die Nutzung der CCS-Technologie in Niedersachsen ausgesprochen.

Wie beurteilen Sie die CCS-Technologie und wie würden Sie ggf. dafür Sorge tragen, dass diese Technologie in Niedersachsen nicht zum Einsatz kommt?

Diese Technologie darf nicht zum Einsatz kommen, weil Umweltschäden und auch Gesundheitsschäden dabei unvermeidbar sind

Frage 3: Ein großer Teil der klimaschädlichen Emissionen kann reduziert werden, wenn es gelingt, die energetische Sanierung bestehender Gebäude zu forcieren und dadurch den Energieverbrauch für die Gebäudebeheizung zu reduzieren.

Welche konkreten Maßnahmen würden Sie ergreifen, die energetische Sanierung von Gebäuden voran zu bringen?

Dieses muß mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung intensiv gefördert werden

Naturschutz

Deutschland hat sich im Rahmen unterschiedlicher internationaler Abkommen verpflichtet, die biologische Vielfalt zu erhalten. Neben dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten umfasst dies auch den Erhalt von Lebensräumen und der genetischen Ressourcen der Kulturpflanzen. Trotz dieser Verpflichtungen konnte der Verlust von biologischer Vielfalt auch in Niedersachsen bislang nicht gestoppt werden. Immer mehr Lebensräume, Tiere, Pflanzen und auch alte, landwirtschaftliche Kultursorten gehen unwiederbringlich verloren.

Frage 1: Obwohl der Erhalt der biologischen Vielfalt im Bundesnaturschutzgesetz in § 1 ausdrücklich als Staatsziel genannt wird, sind immer mehr Tier- und Pflanzenarten in Niedersachsen gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, um diesen negativen Trend zu stoppen?

Dieses Thema liegt mir besonders am Herzen. Die Natur – und Landschaftsschutzgebiete, muss man erhalten und ausweiten. Flora- Fauna- Habitat Richtlinie umsetzen. Ein Landesprogramm zum Schutz der Artenvielfalt muss verabschiedet werden. Allgemein sollten mehr Gebiete mit bedrohten Arten zum Naturschutzgebiet erklärt werden. Gegen Verstöße muß mit aller Härte vorgegangen werden.

Frage 2: Das niedersächsische Wattenmeer ist eines der letzten, vom Menschen kaum beeinflussten, Naturparadiese Deutschlands. Aufgrund seiner Bedeutung für Flora und Fauna ist es als Nationalpark geschützt und wurde von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärt. Dennoch ist das Weltnaturerbe durch verschiedene Vorhaben in Niedersachsen

weiterhin gefährdet. So finden seit einiger Zeit am Rande des Nationalparks Probebohrungen nach Erdöl statt.

Wie stehen Sie zur Ölförderung im Wattenmeer?

Alleine die Idee ist absurd

Frage 3: Das Naturschutzgebiet ‚Voslapper Groden-Süd‘ in Wilhelmshaven ist darüber hinaus als EU-Vogelschutzgebiet Teil des Netzes „Natura 2000“. Kräfte aus Wirtschaft und Politik wollen dieses Reservat für hafenauffine Betriebe erschließen.

Halten Sie eine Umwidmung des ‚Voslapper Groden-Süd‘ für Industrie und/oder Gewerbe für unverzichtbar oder sehen Sie Möglichkeiten, ansiedlungswilligen Betrieben andere ungenutzte Industrie- und Gewerbeflächen in Wilhelmshaven zuzuweisen?

Auf diesem Gebiet darf sich keine Industrie noch Gewerbe ansiedeln. Es muss den Menschen, Tieren und Pflanzen als Naturschutzgebiet erhalten bleiben. Alleine durch den Bau des J.W. Ports wurde ein wichtiges Vogelschutzgebiet nachhaltig zerstört. Dieser Raubbau muss beendet werden, es gibt genügend andere Areale die für die Industrie erschlossen werden können oder durch Sanierung wieder nutzbar gemacht werden können.